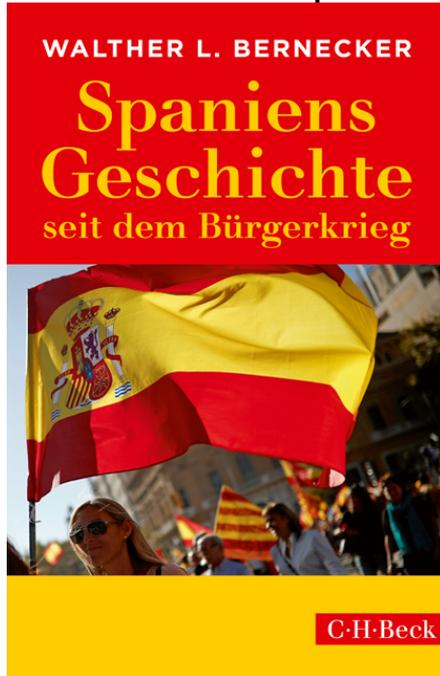


Unverkäufliche Leseprobe



Walther L. Bernecker
Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg

6., neu bearbeitete, erweiterte Auflage, 2018. 395 S. mit 1 Karte. Broschiert.

ISBN 978-3-406-71394-1

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/9841>

C·H·Beck

PAPERBACK

Dieses Buch schildert Spaniens dramatischen Weg zur Demokratie und gibt ein Gesamtbild der Entwicklung Spaniens in den letzten rund hundert Jahren. Es führt gleichzeitig in die Hauptprobleme des gegenwärtigen Staates bis in die unmittelbare Gegenwart ein. Verständlich geschrieben, wendet es sich an alle historisch-politisch interessierten Leser, nicht zuletzt an den Spanien-Touristen, der dieses Land besser verstehen will.

„Das vorliegende Buch hat Bernecker als einen der besten Kenner der neueren spanischen Geschichte in der Bundesrepublik ausgewiesen.“ (Iberoamericana)

Walther L. Bernecker, Prof. Dr., geb. 1947 in Dollnstein (Altmühltal), Schulbesuch in Spanien, Studium der Geschichte, Germanistik und Hispanistik in Erlangen, 1973–77 und 1979–86 Akademischer Rat an der Universität Augsburg, 1988–92 Lehrstuhl für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, 1992–2014 Lehrstuhl für Auslandswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Wichtigste Veröffentlichungen: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939, Hamburg 1978 (span., wesentlich erweiterte Fassung: *Colectividades y Revolución Social. El anarquismo en la guerra civil española, 1936–1939*, Barcelona 1982); Hg. (zus. mit anderen): Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos, Paderborn 1984; Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1990; Krieg in Spanien 1936–1939, Darmstadt 1991; Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert, München 2010; Das Franco-Regime in Spanien. Frankfurt am Main 2016.

WALTHER L. BERNECKER

Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg

C.H.Beck

Mit einer Karte

Dem Gedächtnis meines Bruders
PETER BERNECKER
1943–1983

Die ersten vier Auflagen dieses Buches
erschieden von 1984 bis 2010 in der Beck'schen Reihe.
Die 5. Auflage erschien 2015 als unveränderter Nachdruck
in C.H.Beck Paperback.

Originalausgabe

6., neubearb., erw. Auflage in C.H.Beck Paperback. 2018
© Verlag C.H.Beck oHG, München 1984
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlagentwurf: Konstanze Berner, München
Umschlagabbildung: Demonstration für die Einheit Spaniens
in Barcelona, 29. 10. 2017
© Burak Akbulut/Getty Images
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 71394 1

www.chbeck.de

Inhaltsverzeichnis

Einführung	9
I. Die Bürde der Vergangenheit	13
1. Agrarfrage und Sozialbewegungen	15
2. Zentrum und Peripherie	20
3. Das Verhältnis Staat-Kirche	24
4. Militär und Politik	26
5. Die Polarisierung im Lande	29
6. Auf dem Weg zum Bürgerkrieg	36
II. Der Bürgerkrieg	40
1. Die Ausgangskonstellation	40
2. Phasen des militärischen Kriegsverlaufs	43
3. Die ausländische Intervention und die Politik der Nichteinmischung	46
4. Die innenpolitische Entwicklung in beiden Kriegs- zonen	50
5. Die Folgen des Bürgerkrieges: Sieger und Besiegte . .	56
III. Der „Neue Staat“: Struktur und Machträger	61
1. Grundlegung des Regimes: Staatsaufbau und Verfas- sungsgesetze	61
2. Falange und National syndikalismus	65
3. Das Militär	68
4. Die Kirche	71
5. Großgrundbesitz und Finanzbourgeoisie	74
6. Zur Typologie des Franco-Regimes	77
IV. Die Hunger- und Krisenjahre	83
1. Weltkrieg und internationale Ächtung	83
2. Das Wirtschaftsproblem: Autarkie und Stagnation . .	89

3. Die soziale Frage: Land- und Industrieproletariat . . .	94
4. Widerstand und Guerrillabewegung	96
V. Die Konsolidierung des Regimes	101
1. Das Ende des internationalen Boykotts	101
2. Das Stützpunktabkommen mit den USA	103
3. Das Konkordat mit dem Vatikan	108
VI. Die große Wende	112
1. Die Krise des Jahres 1956	112
2. Das „Opus Dei“ und die Regierungsumbildung 1957	114
3. Der Stabilisierungsplan	119
4. Der Strategiewechsel der Opposition	123
VII. Das Jahrzehnt des Wirtschaftswunders	127
1. Vom Agrarland zum Industriestaat	127
2. Arbeitsmarkt und Wanderungsbewegungen	131
3. Auslandsinvestitionen, Fremdenverkehr und Emi- grantenüberweisungen	136
4. Pseudo-Liberalisierung: Presse- und Religionsfreiheit	142
VIII. Die Kehrseite: Konflikt und Widerstand	148
1. Das Aufbegehren an den Universitäten	151
2. Streikbewegungen und staatliche Reaktion	156
3. Entstehung und Ausbreitung der Arbeiterkommis- sionen	162
4. Das Aufbegehren der Regionen: Baskenland und Katalonien	169
5. Die Distanzierung der Kirche vom Regime	179
IX. Die Krise des Franquismus	186
1. Das Staatsorgangesetz: Franquismus nach Franco . .	187
2. Die Nachfolgeregelung: Juan Carlos de Borbón . . .	189
3. Die Regierung Carrero Blanco (1967–1973)	194
4. Die Regierung Arias Navarro (1974/75)	199
5. Außenpolitische Probleme	207

X. Der Übergang von Franco zu Juan Carlos	213
1. November 1975	213
2. Reform oder Bruch	217
3. Adolfo Suárez	220
4. Die Parlamentswahlen von 1977	225
XI. Das Spanien der Monarchie	233
1. Verfassung und Neuwahlen	233
2. Wirtschaftskrise und Arbeitsbeziehungen	240
3. Die Regionalisierung des Landes	245
4. Die Demokratie in der Bewährung	255
5. Der sozialistische Wechsel: Felipe González	269
6. Modernisierung und Westintegration	276
7. Sozialistischer Niedergang und konservative Wende	291
XII. Wirtschaftliche und politisch-systemische Krisen im 21. Jahrhundert	306
1. Die spanische Gesellschaft um die Jahrtausendwende	306
2. Erinnerungskulturen im Widerstreit	313
3. Islamistischer und ETA-Terrorismus	321
4. Von der Finanz- zur Politik- und Systemkrise	334
5. Das katalanische Labyrinth zwischen Reformen und Staatskrise	346
XIII. Schlußbetrachtung und Ausblick	360
Zeittafel	368
Siglenverzeichnis	381
Auswahlbibliographie	383
Personenregister	392

Einführung

Das Interesse an Spanien hat in Deutschland im Laufe der letzten Generation erheblich zugenommen. Zuerst bezog sich dieses Interesse primär auf den Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939), dessen Ausgang entscheidend durch die deutsche Intervention auf Seiten von General Franco bestimmt wurde; so dann konzentrierte sich das Interesse auf die Phase der Transition, des friedlichen und insgesamt geglückten Übergangs von der Diktatur in die Demokratie während der 1970er und 1980er Jahre; und zuletzt blickten die Deutschen gebannt auf die gravierenden Probleme und Krisen des bisherigen 21. Jahrhunderts: auf die terroristischen Attentate von ETA und den Islamisten, auf die tiefste Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren der Demokratie, auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien und die Gefahr eines Auseinanderbrechens Spaniens.

Im vorliegenden Band geht es darum, diese Ereignisse in den Lauf der spanischen Geschichte einzuordnen und das letzte Jahrhundert dieser Geschichte in wesentlichen Grundzügen zu rekonstruieren, ein Gesamtbild der Entwicklung in überschaubarer Form zu präsentieren. Dabei mußte auf die Darstellung zahlreicher Aspekte verzichtet werden, viele Details bleiben notgedrungen unerwähnt. Erstrebt wurde nicht eine an der Oberfläche haftende Chronik der politischen Ereignisse, vielmehr die Skizzierung längerfristiger Entwicklungslinien, die Aufhellung von Zusammenhängen. Die Darstellung soll von der Beschreibung zur Interpretation fortführen. Im Hinblick auf diese Zielsetzung ist der Band auf einer „mittleren“ Darstellungsebene angesiedelt. Er setzt einerseits beim Leser kein umfassendes Vorwissen über die spanische Geschichte des 20. Jahrhunderts voraus, erschöpft sich andererseits aber auch nicht im reinen „Erzählen“ der Geschehnisse. Um das Be-

dürfnis nach Deutung und zusammenhängender Hintergrundinformation zu befriedigen, folgen auf mehr chronologisch-narrativ angelegte Kapitel „systematische“ Blöcke, in denen die Strukturen deutlicher hervortreten.

Gerade die Darstellung der „strukturellen“ Probleme des Landes hat es erforderlich gemacht, in einem ersten Kapitel („Die Bürde der Vergangenheit“) relativ weit in die spanische Geschichte (bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts) zurückzugreifen, um die Kontinuität der Probleme aufzuzeigen, die zum Teil bis heute ungelöst geblieben sind: die überaus komplexe Agrarfrage, das wechselvolle und spannungsgeladene Verhältnis Staat-Kirche, die Dynamik des Regionalismus und Separatismus, das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Gewalt, die Polarisierung der politischen Lager. Die Herausbildung „zweier Spanien“, die sich unversöhnlich gegenüberstanden, führte 1936 schließlich zum grausamsten Bürgerkrieg der spanischen Geschichte. Dessen Grundzüge werden in einem zweiten Kapitel skizziert. Der Krieg hatte nicht die Versöhnung der beiden Lager zur Folge; im Gegenteil: Das Land blieb jahrzehntlang in Sieger und Besiegte gespalten. Die Kapitel III–VI stellen sodann zuerst die Sieger vor, den „Neuen Staat“, seine Strukturen und Machtträger, behandeln anschließend die Hunger- und Krisenjahre des Regimes sowie seine Konsolidierung in der ersten Hälfte der 50er Jahre und untersuchen schließlich die große wirtschaftspolitische Wende, die mit dem Stabilisierungsplan von 1959 vollzogen wurde. Die folgenden Abschnitte (Kap. VII–IX) thematisieren die letzten anderthalb Jahrzehnte des Franquismus: zum einen die Jahre des spanischen „Wirtschaftswunders“, in dessen Verlauf sich das Land zu einer bedeutenden Industriemacht entwickelte, zum anderen die gewaltigen Veränderungen im sozialen Bereich, die auf den Wirtschaftsaufschwung folgten – Veränderungen, die wiederum die politische „Stabilität“ des Landes erschütterten und – sozusagen als „Kehrseite“ des ökonomischen Fortschritts – Widerstand gegen die erstarrten Strukturen des Regimes und Konflikte zwischen dem franquistischen System und wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen her-

vorriefen. Die letzten Regierungsjahre Francos wurden durch deutliche Desintegrationserscheinungen der von ihm geschaffenen „organischen Demokratie“, durch eine nicht zu übersehende Krise des Franquismus gekennzeichnet.

Kapitel X und XI behandeln die jüngere spanische Vergangenheit: den Übergang von Franco zu Juan Carlos, die Rückkehr zur Demokratie, die Hauptprobleme der parlamentarischen Monarchie. Kap. XII geht auf die wirtschaftlichen und politisch-systemischen Krisen des Landes im 21. Jahrhundert ein, die den in den vorhergehenden Kapiteln skizzierten positiven Verlauf der postfranquistischen Demokratie wieder erheblich relativieren. Aufgezeigt werden die zahlreichen Krisen des Landes während der letzten 20 Jahre. Das Kapitel beginnt mit den heftigen Auseinandersetzungen um die Vergangenheitsaufarbeitung; es folgt die Darstellung der verschiedenen Formen von Terrorismus, denen das Land ausgesetzt war; und es endet mit der großen Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008, der Politik- und Systemkrise durch das Aufkommen neuer Parteien und der schwersten Herausforderung des Staates durch das Unabhängigkeitsstreben Kataloniens. Die Schlußbetrachtung unternimmt eine knappe historische Einordnung des letzten Jahrhunderts spanischer Geschichte und wagt einen kurzen Ausblick in die Zukunft. Der Band wird abgerundet durch eine Zeittafel, ein Siglenverzeichnis, eine Auswahlbibliographie und ein Personenregister.

Die Darstellung stützt sich auf die in den letzten Jahren in Spanien zahlreich erschienene Literatur zur Franco-Ära, zur Transition und zu den aktuellen massiven Problemen sowie auf eigene Quellenarbeit; im Hinblick auf das Zielpublikum im deutschen Sprachraum wurden vor allem auch deutsche Publikationen zur spanischen Geschichte herangezogen und in der Auswahlbibliographie aufgeführt. Auf einen Anmerkungsapparat wurde der besseren Lesbarkeit willen durchgängig verzichtet; Quellenangaben für wörtliche oder sinngemäße Zitate und Hinweise auf weiterführende Literatur jedoch sind als Klammervermerke in den fortlaufenden Text eingeflochten.

I. Die Bürde der Vergangenheit

Die sozialen Konflikte und politischen Gegensätze, die der bewegten Geschichte Spaniens im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zugrundelagen und schließlich im Bürgerkrieg von 1936 kulminierten, lassen sich bis ins 19. Jahrhundert, zum Teil auch noch weiter zurückverfolgen. Es handelt sich gewissermaßen um für Spanien „traditionelle“, historisch weit zurückreichende Problem- und Konfliktachsen, deren erste die Agrarfrage war, das heißt die ungleiche Verteilung des Bodens, die Dichotomie des Landeigentums in Latifundien und Minifundien (bei weitgehendem Fehlen bäuerlicher Mittelbetriebe) und die daraus erwachsenen sozialen Spannungen, deren Ergebnis häufige Unruhen und Aufstände des Landproletariats waren.

Nicht minder gefährlich für das friedliche Zusammenleben der Nation war die Spannung zwischen dem (kastilischen) Zentrum und der (baskischen bzw. katalanischen) Peripherie, die vor allem daraus resultierte, daß die wirtschaftlich entwickelteren Randregionen politisch der Hauptstadt und dem Regierungssitz Madrid untergeordnet waren. Die zentralistische Regierung hat in der Geschichte Spaniens kaum einmal Verständnis für die wirtschaftlich, soziopolitisch und kulturell ganz anders gearteten Regionen am Atlantik oder Mittelmeer aufgebracht.

Das dritte der „historischen“ Problemfelder Spaniens ist der Einfluß des Militärs auf die Politik des Landes. In der neueren spanischen Geschichte hat sich die Armee mehr und mehr die Funktion eines politischen Schiedsrichters angemaßt und stand direkt oder indirekt – mit Ausnahme einiger relativ „stabiler“ Phasen – hinter den meisten der zahlreichen Regierungswechsel seit dem Unabhängigkeitskrieg gegen Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Schließlich gehört noch das Verhältnis zwischen Staat und (katholischer) Kirche, zwischen Gesellschaft und Religion zu den Dauerproblemen der neueren spanischen Geschichte. Denn trotz (oder wegen) des zumeist engen Verhältnisses von Staat und Kirche, das sich etwa in gegenseitigen Schutz- und Treueverpflichtungen, übergreifenden Rechten oder Privilegien ausdrückte, führten die mangelnde Säkularisierungserfahrung im Zeitalter der Aufklärung und die Verquickung von Politik und Religion zu einer ideologischen Spaltung in „fortschrittliche“ und „konservative“ Kräfte, in liberal-radikalen Antiklerikalismus und traditionalistisch-kämpferischen Klerikalismus – eine Spaltung, die im 19. und 20. Jahrhundert unerbittliche gesellschaftliche Frontstellungen zur Folge hatte.

Für jeden der vier angesprochenen Problemkomplexe lassen sich jeweils zwei Lager ausmachen: Landlose Agrararbeiter standen gegen prunksüchtige Großgrundbesitzer, Zentralisten gegen Föderalisten (oder Separatisten), putschtrunkene Militärs gegen politische Zivilisten, liberale Verfechter des Laizismus gegen reaktionäre Katholiken. Die ideologische Spaltung des Landes in zwei sich gegenüberstehende und bekämpfende Richtungen war Ausdruck der „zwei Spanien“, deren Konfrontation namentlich seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu unversöhnlichen innenpolitischen Polaritäten und schließlich zum blutigsten Bürgerkrieg der spanischen Geschichte geführt hat: Auf der einen Seite stand das nationalistisch-konservative, ländlich-katholische, autoritär-monarchische, auf der anderen das progressiv-weltbürgerliche, urban-antiklerikale, liberal-republikanische Spanien.

Auch wenn es diese „zwei Spanien“ in völlig reiner Ausprägung nicht gegeben hat, so bestanden sie doch als Vorstellung, als Mythos, und als solcher hatten sie zweifellos geschichtsträchtige Wirkung. Kein geringerer als Antonio Machado, einer der größten spanischen Lyriker, hat das „Spanienproblem“ in seinen Gedichten thematisiert: Er stellte dem überholten und absterbenden „Spanien der Blechmusik und Schellentrommel“, das stellvertretend für den konservativen Traditionalismus des Landes steht, das aufstrebende und zukunfts-

trächtige „Spanien des Meißels und der Keule“ gegenüber. Die Unversöhnlichkeit der beiden Lager wird in einem seiner bekanntesten Gedichte künstlerisch gestaltet:

Españolito que vienes	Kleiner Spanier, der Du auf die
al mundo, te guarde Dios.	Welt kommst: Behüt Dich Gott!
Una de las dos Españas	Eines der beiden Spanien
ha de helarte el corazón.	wird Dein Herz gefrieren lassen.

1. Agrarfrage und Sozialbewegungen

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war in Spanien die Landwirtschaft der vorrangige Wirtschaftszweig, der auch im wesentlichen die soziale Struktur des Landes bestimmte. Die Verhältnisse auf dem Land wiesen eine auffällige, zum Teil über Jahrhunderte hinweg zurückverfolgbare Konstanz auf. Die Stabilität im Agrarsektor, der zum einen extreme Verhältnisse, zum anderen deutliche Regionaldifferenzierungen aufwies, betraf insbesondere die Verteilung des Grundeigentums: Während sich der von Tagelöhnern oder Pächtern bewirtschaftete Großgrundbesitz vor allem in Neu-Kastilien, Andalusien und Extremadura – also den südlichen Landesteilen – konzentrierte, herrschten in Teilen Alt-Kastiliens, Galiciens und Leons – den nördlichen Gegenden – die landwirtschaftlichen Kleinstbetriebe vor, deren Bewirtschaftung kaum die Existenzsicherung einer Familie ermöglichte und für Besitzer oder Pächter zumeist einen Nebenerwerb erforderlich machte. Die zwischen 10 und 100 Hektar umfassenden Mittelbetriebe waren schwerpunktmäßig in Katalonien, dem Baskenland und an der levantinischen Ostküste – somit an der Peripherie des Landes – angesiedelt. Nahezu der gesamte Süden, besonders der Südwesten, blieb der Latifundienwirtschaft vorbehalten. Die Grenze zwischen dem Gebiet der Latifundien und dem der Kleinst- und Mittelbetriebe hat in der Geschichte Spaniens eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangt: Es war diesel-

be Grenze, die im 19. und 20. Jahrhundert das Spanien der Agrarrevolution von dem des ländlichen Konservativismus trennte. Bis zum Bürgerkrieg (und darüber hinaus) bedeutete Bodenbesitz nicht nur soziales Ansehen und ein arbeitsfreies Leben aus Renteneinkommen; die Kontrolle über den Boden implizierte gleichzeitig die Verfügungsgewalt über die wichtigste Quelle des nationalen Reichtums und bestimmte die soziale, sehr häufig auch die politische Stellung der Bevölkerungsmehrheit. Die hohe Konzentration des Landbesitzes, die Kluft zwischen der Masse der Landbevölkerung und den oberen Schichten in bezug auf Einkommen, Erziehung, soziales Ansehen und politische Partizipationsmöglichkeiten sowie die Unzufriedenheit der landlosen Agrarbevölkerung erklären die auf dem Land viele Jahrzehnte lang vorhandene latente Neigung zu Revolten und Umstürzen, von denen die Umverteilung des Eigentums und die Aufteilung des Großgrundbesitzes erwartet wurden.

Die Agrarverhältnisse hatten sich in einem jahrhundertelangen historischen Prozeß herausgebildet, der auf die Methode der Landvergabe und der Neubesiedlung während der Reconquista, der Rückeroberung des Landes von den Mauren während des Mittelalters, zurückzuführen ist. Schon früh hatte sich der ländliche Besitz in den Händen des Adels und der Kirche konzentriert; und trotz der während des 19. Jahrhunderts erfolgten Besitzumschichtungen auf dem Land, trotz der Säkularisierung und des öffentlichen Verkaufs der kirchlichen Güter durch die liberalen Regierungen von Königin Isabel II., kam es zu keiner grundlegenden Änderung der Agrarstruktur, weder zu breiter gestreutem Besitz noch zu ertragreicheren Anbauformen.

Die Grundstruktur des Agrarsektors blieb bis zur Ausrufung der 2. Republik im Jahre 1931 unverändert: hohe Konzentration des Landbesitzes (vor allem in den Latifundiengegenenden Andalusien, Extremadura, La Mancha, Salamanca), ein feudal-agrarisches Eigentumssystem, Landflucht, unausgelastete Produktionskapazitäten, ungleiche Einkommensverteilung. Klassische Merkmale ökonomischer und sozialer Rückstän-

digkeit in den Latifundiengebieten waren Hunger, Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, Bevölkerungsexplosion, Kapitalmangel, Instabilität, soziale Unruhen. Der Befund der extremen Unterentwicklung gilt für nahezu alle Bereiche des sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Sektors. Das Übermaß an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, der Landhunger der Bauern, die meist rückständig gebliebene Landbau-technik, eher wachsende als sinkende Massenarmut und geringe Arbeitsproduktivität erwiesen die Erforderlichkeit einer Agrarreform.

Die bisher skizzierte Struktur des Agrarsektors ist die entscheidende Rahmenbedingung, die zur Erklärung der bedeutendsten Sozialbewegung in der neueren Geschichte Spaniens herangezogen werden muß: des Anarchismus. Dieser hatte nahezu von Anfang an sozial und regional zwei Schwerpunkte: den feudal-latifundistischen Süden des Landes, in dem der andalusische Agrar- und Handwerkeranarchismus Wurzeln schlug, und der relativ industrialisierte Nordosten der Halbinsel, wo sich der katalanische Anarchosyndikalismus durchsetzte.

Die andalusischen Tagelöhner wurden schon früh auf einen antiparlamentarischen und apolitischen Weg gedrängt. Ausgeschlossen von jeglicher politischer Partizipation, gesellschaftlich zu der untersten Schicht gehörig, ihr Dasein am Rande des Existenzminimums fristend, erhofften sie die ihnen vorenthaltenen Rechte nicht von graduellen Verbesserungen, die auf politisch-parlamentarischem Weg erreicht werden sollten, sondern eher von einer plötzlichen sozialen Revolution, in deren Gefolge die lange vermißte Gerechtigkeit Einzug halten würde. Diese Revolution gehörte zentral zum Programm des Anarchismus, dessen organisatorische Anfänge in das Jahr 1868 zurückreichen, als der Italiener Giuseppe Fanelli (als Gesandter Michail Bakunins) in Spanien eintraf. Die föderalistischen Konzepte der republikanischen Bewegung von 1873 trafen sich mit anarchistischen Vorstellungen; die Idee des Bundesstaates wurde mit der sozialen Revolution verknüpft.

Die Anarchisten wandten sich gegen die Macht für sie unbegreiflicher und unkontrollierbarer ökonomischer Kräfte sowie gegen die einschneidenden Rechtsveränderungen und technisch-industriellen Neuerungen des 19. Jahrhunderts, die für viele landlose Arbeiter und Handwerker Südspaniens eine Gefährdung ihrer Existenz bedeuteten. Der südspanische Agraranarchismus stellte in seiner Frühphase eine „archaische Sozialbewegung“ (Hobsbawm) quasi ohne Organisation in Form kollektiven Widerstandes gegen den Einbruch neuer, für die landlosen Massen ungünstigerer Lebensbedingungen dar.

Aus sozialgeschichtlicher Sicht ist in den anarchistischen Revolten im Spanien des 19. Jahrhunderts zu Recht der unbewußte Versuch gesehen worden, den durch die „Desamortisation“ kirchlicher und kommunaler Ländereien und ihre Begleiterscheinungen – Aufhebung der Zünfte und Zunftordnungen, der Bruderschaften, Gilden und Hilfsorganisationen, der Sozial- und Heilfürsorge, der Getreidemagazine und Hospitäler, der Feld-, Flur- und Waldgemeinschaften – abhandengekommenen „Agrarkollektivismus“ wiederherzustellen.

Neben dem südspanischen Agraranarchismus war es vor allem der in Katalonien besonders starke Anarchosyndikalismus, der Anfang des Jahrhunderts den größten Teil des Proletariats erfaßte. Hatte die anarchistische Bewegung bis zum 20. Jahrhundert am theoretischen Widerspruch zwischen der apolitischen Organisationsfeindschaft und der Notwendigkeit, sich für die Revolution zu organisieren, gekrankt, so versuchte die 1910 gegründete Confederación Nacional del Trabajo (CNT, Nationaler Bund der Arbeit), diesen Widerspruch durch Zusammenfassung der anarchistischen und der syndikalistischen Bewegung aufzuheben. Das neue Jahrhundert begann mit der Einführung des „revolutionären Syndikalismus“ in Katalonien; von dort breitete sich die syndikalistische Bewegung über ganz Spanien aus.

Der spanische Anarchosyndikalismus war die Antwort auf die Industrialisierung und ökonomische Konzentration im beginnenden 20. Jahrhundert; auch seine Kampfformen waren durch die Methoden des industriellen Arbeitskampfes geprägt.

Seine Organisation, die CNT, war ein auf beiderseitigen ideologischen Kompromissen beruhender Zusammenschluß von Syndikalisten und Anarchisten. Letztere akzeptierten die gewerkschaftliche Organisation als Mittel, wenn auch nicht als Ziel der Revolution; erstere übernahmen weitgehend den moralischen Rigorismus der spanischen Anarchisten; ihm opferten sie nicht selten die wirtschaftlichen Nahziele der Arbeiter.

Im Gegensatz zur revolutionären Orientierung der CNT war die 1888 gegründete sozialistische Dachgewerkschaft *Unión General de Trabajadores* (UGT, Allgemeiner Arbeiterbund), ebenso wie die schon 1879 gegründete Sozialistische Partei (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE), bis Mitte der 1930er Jahre gemäßigt-reformistisch. Die sozialistische Bewegung war von Anfang an ein Zweig des europäischen Sozialismus der II. Internationale und verfolgte das Ziel, mit legalen Mitteln die politische Macht und eine Verbesserung der Situation der Arbeiter zu erreichen. Die von den Sozialisten errichteten „Volkshäuser“ wurden bald zu Sammel- und Mittelpunkten der im PSOE oder in der UGT organisierten Arbeiter. Nach dem Ersten Weltkrieg entschieden sich die spanischen Sozialisten mehrheitlich gegen einen Eintritt in die Kommunistische Internationale, woraufhin ein beträchtlicher Teil der sozialistischen Führer aus der Partei austrat und 1921 zusammen mit einigen CNT-Dissidenten die Kommunistische Partei (*Partido Comunista de España*, PCE) gründeten.

Lange Zeit übertraf die anarchosyndikalistische CNT die sozialistische UGT an Mitgliederzahl. 1918 zählte die UGT ungefähr 90000, die CNT hatte zu diesem Zeitpunkt über 700000 Mitglieder. Regionale Schwerpunkte der UGT waren Kastilien (Madrid), Teile Andalusiens, Asturien und das Baskenland, der CNT Katalonien, Andalusien und Valencia.

Waren die ersten anarchistischen Organisationsversuche im 19. Jahrhundert auf dem Land und die sozialistischen in der Industrie erfolgt, so erlebte das 20. Jahrhundert einen Einbruch der beiden Gewerkschaftsverbände in die Domäne des jeweils anderen: Die CNT übte über die katalanischen Industriearbeiter geradezu ein Organisationsmonopol aus, während die

UGT nach dem Ersten Weltkrieg den größten Teil ihrer Mitglieder in der Landwirtschaft und im Bergbau zählte. Die Agrarproblematik war somit beiden Dachverbänden gleichermaßen bewußt; sie, die sie einen Großteil des landlosen Agrarproletariats organisierten, waren sich auch klar darüber, daß die Republik von 1931 – wollte sie überleben – zuerst die dringend notwendige Reform auf dem Agrarsektor in Angriff nehmen mußte.

2. Zentrum und Peripherie

Die zweite, historisch weit zurückgreifende Problemachse der spanischen Geschichte im 20. Jahrhundert betrifft das Verhältnis zwischen der zentralistischen Regierung und den Regionen an der Peripherie des Landes. Die seit Jahrhunderten spannungsgeladenen Beziehungen zwischen der Madrider Zentrale und den Küstenregionen lassen sich allerdings für die Zeit vor dem Bürgerkrieg im wesentlichen auf die „klassischen“ Fälle politischer Regionalismen reduzieren: auf Katalonien und das Baskenland.

Diese beiden Regionen wiesen bereits vor 1936 einen politischen Regionalismus auf und überschritten damit eindeutig die Stufe eines (primär sprachlichen) Kulturnationalismus. Dabei lag das Baskenland in der regionalistischen Bewußtseinsentwicklung im Vergleich zu Katalonien durchweg um einige Jahrzehnte zurück: Während in der Mittelmeerregion der Durchbruch zum massenhaften Kulturnationalismus seit den 1840er Jahren und in den baskischen Provinzen etwa seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte, gelang die Durchsetzung einer politischen Massenbewegung in Katalonien um die Jahrhundertwende, im Baskenland deutlich greifbar erst nach Ausrufung der 2. Republik. In beiden Fällen wiesen die Regionalismen überaus komplexe (soziale, historisch-politische und ideologische) Begründungszusammenhänge auf.

Beide Regionen waren die reichsten und die am meisten entwickelten Gegenden Spaniens, deren wirtschaftlicher Fort-

schritt sich zu ihrem politischen Gewicht im gesamtspanischen Staat allerdings umgekehrt proportional verhielt: Die zentralistischen Regierungen Madrids hatten die Katalanen bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts und die Basken im Zuge der Karlistenkriege während des 19. Jahrhunderts ihrer politischen Sonderrechte und -verwaltungen beraubt: „Es ist diese Spannung zwischen der nie verwundenen politischen Entrechtung einerseits und wachsender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Prosperität andererseits, in der in beiden Regionen während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Regionalismus sich ausgeprägt hat und allmählich auch politisch wirksam geworden ist.“ (Puhle 1980, 12).

Betrachten wir zuerst Katalonien etwas genauer, dessen regionalistische Bewegung in gewisser Weise eine Art „Vorreiterfunktion“ für die anderen Autonomiebestrebungen in Spanien hatte (Nohlen 1980): Die Katalanen verloren im spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714), der für das Land südlich der Pyrenäen den Übergang vom habsburgischen zum bourbonischen Königshaus brachte, ihre auf das frühe Mittelalter zurückgehenden Sonderrechte (*fueros*) und Privilegien. Im 19. Jahrhundert begründeten sodann wirtschaftliche (Industrialisierung) und geistesgeschichtliche (Romantik) Faktoren einen katalanischen „Nationalismus“, der sich zuerst literarisch (Wiedergewinnung des Katalanischen als Schriftsprache) und kurze Zeit später auch politisch (Forderung nach Autonomie) äußerte. Die verschiedenen regionalistischen Tendenzen traten zuerst in Form des Traditionalismus auf, der als antiliberal-konservativer Regionalismus vergangenheitsorientiert war, des Föderalismus, der immer deutlicher demokratischen und republikanischen Ideen zuneigte, und des konservativen Autonomismus, der ein Zusammenfluß unterschiedlicher autonomistischer Strömungen war.

Gegen die Übermacht der konservativ-bürgerlichen Erscheinungsformen des katalanischen Regionalismus konnte sich erst gegen Ende des Ersten Weltkriegs ein „linker“ Katalanismus herausbilden, der zuerst unter der Führung von Francesc Macià die Unabhängigkeit Kataloniens anstrebte und zu Be-

ginn der Zweiten Republik in die linkskatalanistische republikanische Partei *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) einmündete; diese war bestrebt, die katalanische Frage im Rahmen des republikanisch-demokratisch organisierten gesamtspanischen Staatsverbandes zu lösen.

Im Gegensatz zu den Katalanen mußten die Basken erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts, nach der endgültigen Niederlage des Karlismus, auf ihre *fueros* verzichten; bis 1876 verloren sie ihre eigenen Parlamente, ihre Verwaltungs-, Zoll- und Steuerhoheit. Außerdem wurde die Befreiung vom spanischen Militärdienst – die noch aus der mittelalterlichen Fiktion vom kollektiven Adel der baskischen Gesellschaft hervorging – abgeschafft. Dem Baskenland blieben lediglich einige Steuervorteile nach den Bestimmungen der mit Madrid vereinbarten „Wirtschaftskonzerte“.

Zu den ersten Trägern eines baskischen Regionalbewußtseins gehörten die Karlisten, die aus den (ursprünglich dynastischen) Kämpfen um den spanischen Thron nach 1833 hervorgingen und sich sehr bald zu Verteidigern kirchlicher Privilegien und mittelalterlicher Sonderrechte der verschiedenen Regionen und Völker Spaniens unter einer absolutistischen, aber dezentralisierten Monarchie machten. Der aufkommende baskische Regionalismus ist im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region und den entsprechenden Wandlungen der Klassenstruktur zu sehen: Vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildeten sich auf der einen Seite eine Finanz- und Industriebourgeoisie heraus, die eng mit dem politischen Zentrum in Madrid zusammenarbeitete, auf der anderen Seite ein Industrieproletariat, das von Anfang an infolge interner Wanderungsbewegungen arbeitssuchender Kräfte stark nicht-baskisch geprägt und sozialistisch beeinflusst war.

Die „traditionellen“ baskischen Mittelschichten und das agrarische Hinterland erhoben daraufhin Forderungen, die als Reaktion auf den Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß des Landes zu verstehen sind. Zu dieser baskischen „Erneuerung“ gehörte die Rückbesinnung auf die ethnisch-

rassische Einzigartigkeit ebenso wie die Wiederbelebung der baskischen Sprache (Vereinheitlichung der verschiedenen Dialekte) und die Schaffung baskischer Symbole, einer eigenen Hymne und Flagge („Ikurriña“). Auch die Wortneuschöpfung „Euzkadi“ für Baskenland geht auf diese nationalbaskische Renaissance zurück.

Der eigentliche gesamtbaskische Nationalismus, der sich sehr bald vom Karlismus distanzierte, ging Ende des 19. Jahrhunderts aus der kulturellen Erweckungsbewegung unter Sabino de Arana hervor, der 1895 die Baskische Nationalistische Partei (*Partido Nacionalista Vasco*, PNV) gründete. Während die Hochburgen des Karlismus die beiden „Inlands“-Provinzen Alava und Navarra waren, hatte der PNV seinen ursprünglichen Schwerpunkt in den Küstenprovinzen Guipúzcoa und Vizcaya. Zur Zeit seiner Entstehung war der baskische Nationalismus eine in doppelter Hinsicht antimoderne Bewegung: Zum einen richtete er sich gegen die Industrialisierung und Modernisierung (mit all ihren Folgen), zum anderen gegen den politisch-zentralistischen Liberalismus, der von Madrid aus für die Abschaffung der baskischen Sonderrechte verantwortlich war.

Die ursprüngliche PNV-Forderung nach Selbständigkeit von *Euzkadi* wurde allmählich zugunsten einer umfassenden Autonomie und „Baskisierung“ der Gesellschaft aufgegeben; 1931 entschied sich die Partei, trotz ihrer ständisch-konservativen, antiliberal-klerikalen Orientierung für die Republik, da nur von dieser die erstrebte Regionallösung zu erwarten war.

Die übrigen Regionalismen – etwa die Galiciens oder Andalusens – waren vor dem Bürgerkrieg bei weitem nicht so ausgeprägt wie die Bewegungen in Katalonien und dem Baskenland. Die galicischen Regionalisten konnten nicht mehr erreichen, daß das von ihnen vorgelegte Autonomiestatut in Kraft trat, und als „regionale Frage“ Andalusens wurden sowieso weit mehr Probleme der Agrarstruktur und der ungleichen Eigentumsverhältnisse als Aspekte des politischen Antizentralismus diskutiert.

Für die Zeit vor dem Bürgerkrieg gilt somit, daß das Regionalismusproblem vor allem als Auseinandersetzung zwischen Peripherie und Zentrum auftrat, zwischen industriell weit überdurchschnittlich entwickelten, politisch aber entrechteten Randregionen einerseits und einem agrarisch geprägten, industriewirtschaftlich rückständigen, politisch aber dominierenden Zentrum andererseits. Dabei blieb der baskische Regionalismus konservativ und religiös geprägt, während der katalanische Nationalismus einen starken links von der Mitte stehenden Flügel besaß.

3. Das Verhältnis Staat-Kirche

Läßt sich das Spannungsverhältnis zwischen Zentralregierung und nach Autonomie strebenden Regionen letztlich bis auf die Entstehung des modernen spanischen Staates zurückführen, so ist der Problemkomplex Staat/Kirche mindestens genauso alt. Seit der Herrschaft der Katholischen Könige, das heißt seit der staatlichen Einigung des Landes im ausgehenden 15. Jahrhundert, galten in Spanien politische und religiöse Einheit als Synonyma; die Könige benutzten die Religion zur Legitimierung ihrer als Gottesgnadentum aufgefaßten Herrschaft und setzten sie zur Festigung der bestehenden Ordnung ein. Die katholische Kirche wurde zu einem Integrations- und Stabilitätsfaktor ersten Ranges. Im gesellschaftlich-politischen wie im kulturellen Bereich war die Kirche allgegenwärtig, ihre Veräußerlichung (etwa in Form kultischer Prunkentfaltung oder religiöser Selbstdarstellung) trug weiter dazu bei, daß in der Amtskirche eine Verbündete der Mächtigen erblickt wurde.

Unter der ideologischen Bedrohung durch die Französische Revolution schlossen sich die Monarchie Karls IV. und die Kirche erneut zu einem im 18. Jahrhundert lockerer gewordenen Bündnis zusammen; die Amtskirche wurde immer mehr zur Verteidigerin des Ancien Régime, sie entwickelte sich zur stärksten beharrenden Kraft in Spanien. Liberale Kreise ent-

wickelten daraufhin einen immer stärkeren Antiklerikalismus, der sehr bald auf das Landproletariat und später auf die Industriearbeiter übergriff; diese sahen in der Kirche und den Klöstern die Alliierten der Mächtigen und auf dem Land die sichtbaren Zeichen materieller Ausbeutung, gegen die sie sich in Klosterstürmen und Gewaltakten gegen Kirchen auflehnten. In den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts enteigneten die Liberalen, die die Regierung Isabellas II. stellten, den Besitz religiöser Orden (1836) und der ganzen Kirche (1841); dafür übernahm der Staat den Unterhalt von Kult und Geistlichkeit, außerdem genoß die katholische Religion weiterhin besonderen Staatsschutz. Das Konkordat von 1851 beendete den wirtschaftlichen „Kirchenkampf“, die Kirche verzichtete auf ihren bis dahin veräußerten Besitz, die Krone behielt das alte Patronatsrecht der Bischofsernennung. Dafür bezeichnete das Konkordat den Katholizismus als „die Religion der spanischen Nation“, der Staat mußte dafür sorgen, daß die kirchliche Lehre in öffentlichen Schulen durch Priester unterrichtet wurde.

Auch in der Verfassung von 1876 wurde das katholische Bekenntnis, wie schon 1812, zur Staatsreligion erklärt, in der restaurierten Bourbonenmonarchie erlangte die Kirche bald ihre frühere einflußreiche Stellung zurück. Allerdings war der Bruch zwischen der Amtskirche und dem Proletariat, das sich den sozialistischen und anarchistischen Organisationen mit ihrem stark ausgeprägten Antiklerikalismus zuwandte, nicht zu kitten. Vielmehr führte die Stellung, die die katholische Kirche in den Augen der Arbeiterklasse als Verbündete des herrschenden Blocks einnahm, dazu, daß die Empörung der verarmten Massen sich nicht nur gegen Grundbesitzer und Kapitalisten, Staat und Bürgertum, sondern auch gegen Kirche und Klöster wandte; identifizierten die Arbeiter die Kirche doch in zunehmendem Maße mit den kapitalistischen Ausbeutern. Während der Diktatur Miguel Primo de Riveras (1923–1930) wurden die geistlichen und erzieherischen Forderungen der Kirche weitestgehend erfüllt, ihre Ansprüche stets bevorzugt befriedigt. Sicherlich blieb diese enge Verbindung zwischen

Kirche und Staat nicht ohne Auswirkungen und trägt zur Erklärung der kirchenfeindlichen Reaktionen in den ersten Jahren der Republik bei.

4. Militär und Politik

Ebenso wie die Kirche nahm auch das Militär eine Ausnahmestellung im Staate ein. Denn kaum eine zweite Institution hat in der spanischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eine derart herausragende Rolle gespielt wie das Militär. Nicht von ungefähr ist das spanische Wort „pronunciamiento“ zur Bezeichnung der Machtübernahme durch die Armee in den internationalen Sprachgebrauch aufgenommen worden. Bei nahezu jedem politischen Wechsel wirkte das Militär entweder an vorderster Front oder zumindest im Hintergrund mit; sein Einfluß auf die Politik blieb ein wesentlicher Faktor der Instabilität. Bis zur Schaffung des künstlichen Zweiparteiensystems mit seinem mechanischen Alternieren in der Regierungsausübung während der Restaurationsära (1874–1923) wurden Regierungswechsel fast immer durch Militär-*Pronunciamientos* herbeigeführt.

Als auslösendes Moment der Entwicklung, in deren Verlauf sich das Militär in die Politik einmischte und zu einem beherrschenden Faktor im staatlichen Leben Spaniens wurde, wirkte der Unabhängigkeitskrieg gegen Napoleon (1808–1814). Er zwang die Offiziere zu politischen Entscheidungen, politisierte damit das Heer, das sich auch in seiner geistigen Struktur wandelte. Der Armee fiel eine neue politische Rolle zu, das Offizierskorps übernahm in vielerlei Hinsicht die Funktion der bisher politisch führenden Schicht.

In der „Ära der Pronunciamientos“ galt das Offizierskorps mehrheitlich als liberal und reformfreudig; es erstrebte – ebenso wie die Kräfte des Liberalismus – die Zentralisierung der öffentlichen Verwaltung, die Vereinheitlichung gesellschaftlicher Normen und staatlicher Verfahrensweisen, die Abschaffung der Sonderrechte bestimmter Randregionen. Die Offi-

ziere unterstützten die Liberalen auch deshalb, weil diese sich für eine Modernisierung der Armee in Bezug auf Ausrüstung, Organisation und Professionalisierung des Offizierskorps einsetzten. Im Vergleich zu den strukturellen Wandlungen in Spaniens Wirtschaft und Gesellschaft änderten sich jedoch Haltung und Verhalten der bewaffneten Macht zwischen 1830 und 1930 nur wenig. Zu dieser – wie zu jeder anderen – Zeit wurde das Denken der Offiziere von der Sorge um die nationale Einheit und Einigkeit beherrscht. Diesem Ziel schien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts am besten die konstitutionelle Monarchie zu dienen, zu deren Gunsten die Offiziere wiederholt putschten. In dem fortschreitenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Wandel, der das Gesicht Spaniens seit Beginn der Industrialisierung des Landes wesentlich änderte, sahen die Offiziere sodann eine Gefährdung der „nationalen Ordnung“ und fühlten sich zu Hütern der Tradition und der überlieferten „nationalen“ Werte berufen. Andere Träger der Überlieferung, insbesondere die Politiker, erwiesen sich ihrer Auffassung nach als nicht fähig, dem Auflösungsprozeß Einhalt zu gebieten.

Nach der Beseitigung der Ersten Republik (1874) übten sich die Streitkräfte einige Jahrzehnte lang wieder in politischer Enthaltbarkeit, und die verschiedenen Regierungen schufen gesetzliche Regelungen, um die Armee politisch zu neutralisieren und deren Angleichung an westeuropäische Standards zu erreichen. Um die Militärs von der Politik fernzuhalten, versicherte sich der Staat der Loyalität der hohen Offiziere durch halblegale Belohnungen, durch zahlreiche Gewährungen von Adelstiteln und durch das relativ hohe Sozialprestige, das vor allem die Generäle genossen. Die Angleichung der Armee an westeuropäische Standards gelang allerdings nicht: Die Versuche, die überaus große Anzahl von hohen Offizieren und Generälen zu verringern – 1880 gab es über 27000 Offiziere und mehr als 500 Generäle im aktiven Dienst –, hatten nur mäßigen Erfolg. Trotz Reformen in der Ausbildung blieb die technische Qualität der Ausrüstung mangelhaft und veraltet, die Disziplin und Ausbildung der Rekruten beklagenswert und die Organi-

sation der Streitkräfte unübersichtlich. Ständige Kritik übten die Offiziere an der niedrigen Besoldung des Militärpersonals, die Hand in Hand mit dem relativ kleinen Anteil des Verteidigungsbudgets am Gesamthaushalt ging.

Zur weiteren Entfremdung zwischen der militärischen Hierarchie und der zivilen Regierung trug die vollständige militärische Niederlage Spaniens im spanisch-kubanisch-nordamerikanischen Krieg (1898) bei, die den Verlust der letzten überseeischen Kolonien (Kuba, Puerto Rico, Philippinen) zur Folge hatte. Die Niederlage bekundete zugleich den Bankrott des politischen Regimes der Restauration und hatte eine weitreichende geistig-moralische Krise des Landes zur Folge, die am deutlichsten von den Vertretern der philosophisch-literarischen „Generation von 1898“ artikuliert wurde. Außenpolitisch suchte Spanien in Marokko einen Ausgleich für die an die USA verlorenen Kolonien. Schließlich verständigte es sich mit Frankreich über die Abgrenzung der jeweiligen Interessensphären, und der nördliche Teil Marokkos kam 1904 an Spanien. Die Rifkabylen unterwarfen sich aber der neuen Herrschaft nicht und zwangen die Spanier zu wiederholten militärischen Interventionen. Das gegenseitige Mißtrauen zwischen Armee und ziviler Verwaltung, der unpopuläre Charakter des Marokkofeldzuges, die dauernden Beschwerden über niedrige Besoldung und schlechte Ausrüstung und der ständige Streit um die Zielsetzungen des Krieges ließen im Offizierskorps eine Atmosphäre der Unzufriedenheit reifen, die langsam in eine erklärte Gegnerschaft zum parlamentarischen System und in eine Politisierung konservativer oder restaurativ-reaktionärer Ausrichtung einmündete.

Da zugleich – und verstärkt seit 1917 – das politische Spektrum infolge der Zerstückelung der traditionellen Parteienlandschaft immer unübersichtlicher wurde und der Staat zusehends in eine Krise geriet, übernahm durch einen „klassischen“ Staatsstreich der Generalkapitän von Katalonien, Miguel Primo de Rivera, 1923 ohne Blutvergießen und mit dem Wohlwollen der Krone die Macht. Die Armee vertrat gegenüber den separatistischen Tendenzen (im Baskenland und vor allem in

Katalonien) die unbedingte Einheit der Nation; gegenüber den organisierten Kräften der Arbeiterschaft erschien das Heer als der Garant der bestehenden „Ordnung“; und gegenüber dem diskreditierten parlamentarischen System verkörperten die Streitkräfte die Werte der Effizienz, der Entschlossenheit und des Patriotismus.

Trotz dieses Selbstverständnisses war die paternalistische Diktatur Primo de Riveras wenig effizient. Allmählich verlor der Diktator die Unterstützung der alten Aristokratie, der Bank- und Geschäftswelt, des Militärs, der Universitäten, der Regionen und schließlich des Königs. Als der General 1930 zurücktrat – auch seine kurzlebigen Amtsnachfolger konnten die Staatskrise nicht aufhalten –, war keines der gravierenden soziopolitischen Probleme des Landes gelöst, die tradierte Ordnung jedoch vollends diskreditiert; die Massen wandten sich von der Monarchie ab und der Republik zu.

5. Die Polarisierung im Lande

Als 1931 die Monarchie förmlich (ohne Blutvergießen) zusammenbrach, harrten die „klassischen“ Probleme dringender denn je einer Lösung. Bei den Gemeindewahlen vom 12. April 1931 siegten auf dem Land noch die monarchistischen, in den größeren Städten jedoch die pro-republikanischen Parteien. Zwei Tage danach wurde die Republik ausgerufen, die ihre wechselvolle Existenz nicht nur unter der Last der traditionell ungelösten Probleme begann, sondern sich in ihren ersten Jahren außerdem noch den in Spanien verspätet eintretenden Folgewirkungen der Weltwirtschaftskrise ausgesetzt sah.

Das neue Regime wurde im ganzen Lande mit großer Begeisterung begrüßt; liebevoll wurde die Republik „das schöne Mädchen“, *la niña bonita*, genannt; einer demokratisch gewählten Regierung traute man es zu, mit den überkommenen Schwierigkeiten fertigzuwerden. Bei den Wahlen zu der Verfassung gebenden Versammlung errangen die Sozialisten und die Republikaner im Juni 1931 einen überwältigenden Sieg. Die

Parteien der Linken und der Mitte erhielten zusammen nahezu 400, die der Rechten ungefähr 80 Sitze im Parlament. Dieses Ergebnis, das zu einem deutlichen Übergewicht der reformfreundlichen Kräfte in den *Cortes* führte, täuscht jedoch hinsichtlich der realen Machtverhältnisse im Lande; das überraschende Abschneiden der Linken war nämlich auch auf das republikanische Wahlsystem zurückzuführen, das Parteienbündnisse gegenüber isoliert antretenden Parteien oder gar Einzelkandidaten dadurch begünstigte, daß bereits die relative Mehrheit in einem Wahlkreis zu überproportionaler Mandatszuteilung führte. Während der 2. Republik kam es immer wieder zu solchen Wahlbündnissen, die umso erforderlicher wurden, als die parteipolitische Zersplitterung weiter voranschritt; vor allem die Republikaner waren in viele Gruppen gespalten und drängten zu Listenverbindungen. Kam das Wahlsystem 1931 insgesamt der Linken zugute, so hatten sich bis 1933 die Rechtsparteien organisiert und zu einem Wahlbündnis verbunden, während jetzt die Linksparteien in Richtungskämpfe verwickelt waren. Mit der Regierungsübernahme durch den „Radikalen“ Alejandro Lerroux im September 1933 endeten die „zwei Reformjahre“ (*bienio de reformas*) und begannen die „zwei schwarzen Jahre“ (*bienio negro*).

Für die Republik verhängnisvolle Folgen dieses Wahlsystems waren zum einen der Niedergang der gemäßigten Parteien der Mitte, die – wollten sie parlamentarisch überleben – zu einer Wahlkoalition mit der Linken oder Rechten gezwungen wurden, zum anderen die Vergiftung des politischen Klimas und die Zuspitzung der Gegensätze. Mit ihrer deutlichen Parlamentsmehrheit nahm 1931 die erste Regierung des Linksrepublikaners Manuel Azaña mit Tatkraft die Lösung der aus der Monarchie ererbten Probleme in Angriff. Während der Ministerpräsidentenschaft Azañas wurde der einzige ernsthafte Versuch einer spanischen Agrarreform unternommen. Die bedeutendste Maßnahme auf dem Landwirtschaftssektor war das Reformgesetz von 1932, das die Fragen der Grundbesitzeneignungen, der Entschädigungen sowie der Landverteilungen an die Agrarbevölkerung regelte. Insgesamt wurde jedoch nur

wenig erreicht; über Umfang und Durchführung der heftig umstrittenen Agrarreform waren sich die Republikaner selbst weitgehend uneinig. Die Reform stagnierte vor allem in den Jahren der konservativ-reaktionären Regierungen (1934 und 1935), die das Reformgesetz zum Teil außer Kraft setzten, zum Teil unbeachtet zur Seite schoben; häufig wurden die Reformmaßnahmen der ersten zwei Republikjahre in den folgenden „zwei schwarzen Jahren“ wieder rückgängig gemacht, die Landumverteilung fand ein vorläufig klägliches Ende.

Auch das zweite Hauptproblem: das Verhältnis Staat-Kirche, erfuhr keine befriedigende Lösung: Als die Republik ausgerufen wurde, wirkte dies auf die kirchliche Hierarchie wie ein Schock. Von Anfang an verfolgte das von sozialistischen und liberalrepublikanischen Parteien getragene Regime eine Trennung von Staat und Kirche; letztere konnte fortan nicht mehr auf den jahrhundertealten staatlichen Schutz setzen, mußte vielmehr mit einer Beeinträchtigung ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft rechnen. Ministerpräsident Azaña – der liberale Intellektuelle, der sehr bald zu einem Symbol für die 2. Republik wurde – verkündete programmatisch (und bewußt provokativ), Spanien habe aufgehört, katholisch zu sein. Die Verfassung von 1931 legte den Laizismus des Staates, die Entkonfessionalisierung des Erziehungswesens, die Beschränkung von Kirche und Religion auf den privaten Bereich fest; Zivilehe und Ehescheidung wurden eingeführt, der kirchliche Einfluß im gesellschaftlichen Bereich möglichst weitgehend zurückgedrängt. Alle Orden mußten ihre Liegenschaften vom Justizministerium erfassen lassen, sie durften sich nicht an Wirtschaftsunternehmen beteiligen. Der Jesuitenorden wurde aufgelöst. Der laizistische Charakter des neuen Regimes und der Antiklerikalismus führender Politiker provozierten heftige Reaktionen der verunsicherten kirchlichen Hierarchie, vor allem der katholischen Traditionalisten und der konservativen Rechten. Diese wurden sehr bald zu Gegnern der Republik und zu einem Sammelbecken der Reaktion.

Auch die Reform des Militärwesens mißlang weitgehend, obwohl die Republik, verkörpert durch Kriegsminister Azaña,

in der Militärreform eines ihrer Hauptanliegen sah. Die drei Zielsetzungen der beabsichtigten Reform waren die Demokratisierung der Streitkräfte, die Verringerung des militärischen Haushaltes und die Verkleinerung des Offizierskorps. Azaña verkürzte den obligatorischen Militärdienst auf ein Jahr, halbierte die Anzahl der Armeedivisionen von 16 auf 8, reduzierte die Anzahl der Offiziere von etwa 26 000 auf 7 600, bot den ca. 18 000 überzähligen Offizieren die Pensionierung bei vollem Gehalt an. Militärische Ränge, Positionen und Institutionen wurden ersatzlos abgeschafft, der Generalstab und das Kriegsministerium reformiert und verkleinert, die Militärverwaltung in Marokko durch ein ziviles Amt ersetzt. Außerdem sollten Militärgerichte der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellt werden.

Diese Maßnahmen hatten eine zunehmende Abneigung vieler Offiziere gegenüber der Republik zur Folge. Die Unzufriedenheit unter den Militärs nahm noch durch „politische“ Beförderungen, aufgrund starker, von der Regierung geduldeter antimilitaristischer Propaganda und wegen des Ausbleibens der versprochenen Professionalisierung und technischen Modernisierung der Armee zu. Die Haltung der Regierung wurde von der Armee als Demütigung und Herabsetzung interpretiert und bestärkte viele konservative Offiziere in ihrer feindseligen Haltung gegenüber der republikanischen Ordnung. Schon relativ früh wurden daher in den Offizierskasinos Pläne geschmiedet, die auf einen Sturz der Republik abzielten.

Eine Teillösung erfuhr das vierte der überkommenen Hauptprobleme: die offene Frage des politischen Regionalismus. Bereits im September 1932 konnten die Katalanisten für ihre Region ein Autonomiestatut durchsetzen, durch das Katalonien eine eigene Regierung, die *Generalitat*, ein Parlament sowie umfangreiche Autonomierechte mit unteren und mittleren Verwaltungskompetenzen und einer beschränkten Kulturhoheit (etwa im Bildungsbereich oder hinsichtlich der Zweisprachigkeit vor Gericht) erhielt. Die Baskische Nationalistische Partei und die Regierung hofften, ein ähnliches Autonomiestatut auch für das Baskenland erlassen zu können, doch erbitterte Auseinandersetzungen zwischen den Karlisten von

Navarra – diese Provinz ist nur zu einem Teil baskisch – und den baskischen Nationalisten der übrigen Provinzen *Euskadis* sowie das Mißtrauen beider streng katholischer Gruppen gegen den Antiklerikalismus der Cortesmehrheit verhinderten die Verabschiedung eines Baskenstatuts. Insgesamt war in den Jahren der 2. Republik der baskische Nationalismus auch gemäßigter und schwächer als die ältere regionalistische Bewegung in Katalonien.

Auf welcher prekärer Grundlage auch die Lösung des regionalistischen Katalonienproblems stand, zeigen die Ereignisse vom Oktober 1934: Seit den Wahlen vom November 1933 regierte Alejandro Lerroxx mit seiner „Radikalen Republikanischen Partei“ (*Partido Republicano Radical*, PRR), die sich von einer zuerst gemäßigt-linken Haltung zu immer konservativeren und schließlich reaktionären Positionen entwickelt hatte. In seinem Kabinett waren auch einige Unabhängige vertreten; parlamentarisch unterstützt wurde die Minderheitsregierung durch die 1933 entstandene rechtskonservativ-katholische Parteienkoalition „Spanischer Bund Autonomer Rechtsparteien“ (*Confederación Española de Derechas Autónomas*, CEDA) unter ihrem Vorsitzenden José María Gil Robles. Die CEDA setzte sich als Interessenvertretung der Oligarchie für die sozialen und ökonomischen Belange der wohlhabenden Oberschicht ein; sie bekannte sich zwar zur Republik, sah in ihr aber nur eine taktische Notwendigkeit, um zu einem „Neuen Staat“ berufsständischer Ordnung zu gelangen; vor allem bekämpfte sie die sozialistische und laizistische Gesetzgebung der ersten zwei Republikjahre. Ihre Methoden und der sie charakterisierende „Führer“-Kult ließen sie als eine faschistische Variante erscheinen, die wohl von Engelbert Dollfuß und dem österreichischen Ständestaatskonzept mitbeeinflusst war.

Seit dem Wahlsieg der Rechten und der Übernahme der Regierung durch Lerroxx (1933) herrschte im Lande nervöse Spannung. In dieser kritischen Situation bildete im Oktober 1934 die CEDA mit der Radikalen Partei eine Regierungskoalition, auf die die Linke mit einem Generalstreik reagierte. Nach Verhängung des Kriegszustands brach die Streikbewe-

gung fast überall schnell zusammen – mit Ausnahme von Katalonien und Asturien. In Barcelona hatten die Regionalwahlen von 1934 zu einer *Generalitat* geführt, die von der katalanistischen Linkspartei *Esquerra Republicana de Catalunya* beherrscht wurde. Sofort kam es zu Reibereien zwischen der zentralistisch orientierten Rechtsregierung in Madrid und der stark autonomistisch ausgerichteten Regionalregierung in Barcelona; Madrid versuchte mit allen Mitteln, die Verwaltungskompetenzen Kataloniens zu beschneiden. Im Oktober 1934, als die gegen Madrid gerichteten Gefühle in Barcelona einen Höhepunkt erreicht hatten, proklamierte nun der Präsident der *Generalitat*, Lluís Companys, den „katalanischen Staat innerhalb der spanischen Bundesrepublik“; die Revolte wurde allerdings nach wenigen Tagen niedergeschlagen, die *Generalitat* suspendiert.

Weiterreichende Folgen hatte der Arbeiteraufstand in Asturien: Dort weitete sich der Generalstreik zu einer sozialen Revolution aus. Sozialisten, Anarchosyndikalisten und Kommunisten schlossen sich unter der Parole „Vereint Euch, proletarische Brüder!“ zur gemeinsamen Aktion zusammen. Ungefähr 30 000 Bergarbeiter eroberten die Städte Oviedo und Gijón, gründeten Revolutionskomitees und leisteten ca. zwei Wochen lang der Afrikaarmee und der Fremdenlegion, die auf Vorschlag von General Francisco Franco zur Niederwerfung des Aufstandes eingesetzt wurden, Widerstand. Nach erbitterten und blutigen Kämpfen, in denen es zu grausamen Ausschreitungen kam, wurden die Aufständischen besiegt, in ganz Spanien ungefähr 30 000 Gewerkschaftsmitglieder und „Verdächtige“ verhaftet, von denen ein Großteil bis zur Amnestie nach den Volksfrontwahlen von 1936 im Gefängnis saß.

Die Nachwirkungen des „spanischen Oktober“ von 1934 führten zu einer deutlichen Radikalisierung der Rechten und der Linken und damit zu einer gesamtgesellschaftlichen Polarisierung im Lande: Die Rechte sah all ihre Befürchtungen bestätigt und betrachtete sich selbst als das einzige intakte Bollwerk gegen Separatismus, atheistischen Liberalismus und eine bevorstehende Sozialrevolution; eventuell bis dahin noch vor-

handene republikanische Legalitätsskrupel wurden abgelegt. Die Linke wiederum sah – mit Blick auf Italien, Deutschland und Österreich – auch in Spanien den Faschismus an die Macht kommen; die Notwendigkeit des Zusammenstehens wurde deutlicher als bisher erkannt, was den Zusammenschluß zur Volksfrontkoalition erleichterte. Die deutlichste Radikalisierung erlebte der von Francisco Largo Caballero gesteuerte Kurs der sozialistischen Gewerkschaft UGT. Der Gewerkschaftsführer hatte sich in den ersten drei Jahren der Republik davon überzeugt, daß der reformistische Kurs den Interessen der Arbeiterschaft nicht förderlich war; ab 1935 trat er für die sofortige Durchführung einer sozialen Revolution mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats ein. Spätestens seit 1935 war der Riß im sozialistischen Lager unübersehbar: Der gemäßigt-reformistische Indalecio Prieto beherrschte den Parteivorstand und -apparat, der auf einen proletarisch-revolutionären Kurs gedrängte Largo Caballero kontrollierte die UGT. Diese lehnte (ebenso wie die anarchosyndikalistische CNT) den bestehenden Staat ab und erstrebte eine von Arbeitern durchgeführte sozialistische Umwälzung.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien über die Liquidierung des Aufstandes von 1934 lähmten das Kabinett, das mehrfach umgebildet wurde. Seine wichtigste politische „Leistung“ war der systematische Abbau aller Errungenschaften der ersten Republikjahre. Korruptionsskandale in der radikalen Partei führten schließlich zu einer totalen Regierungskrise. Im Januar 1936 löste Staatspräsident Niceto Alcalá Zamora die *Cortes* auf und schrieb Neuwahlen aus. Zu diesem Zeitpunkt war das Land als Folge der reaktionären Politik der beiden vorhergehenden Jahre zerrissener denn je: Die Lage auf dem Land war für viele Tagelöhner unerträglich, während die meisten Großgrundbesitzer die Enteignungsgefahren als gebannt betrachteten; die Militärs hatten ihre Konspirationspläne nicht preisgegeben; der größte Teil der kirchlichen Hierarchie stand in deutlichem Gegensatz zur Republik; das Autonomiestatut für Katalonien war nach dem Oktoberaufstand von 1934 aufgehoben, die Regierung inhaftiert worden. In einem Klima

äußerster sozialer und politischer Spannung wurden die Spanier zum dritten (und letzten) Mal aufgerufen, ein neues republikanisches Parlament zu wählen.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de